

Die englisch-französischen Abrüstungsbesprechungen.

Dnb. London, 31. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Der britische Botschafter in Paris, Lord Lytton, hat die französische Regierung ersucht, ihren Standpunkt in der Frage der Bürgerschaft hinsichtlich gewisser Punkte der britischen, deutschen und italienischen Vorschläge genau mitzuteilen. Frankreichs Antwort ist nicht vor Ende nächster Woche zu erwarten, und bevor sie geprüft ist, wird die britische Regierung keine wichtigen Beschlüsse fassen. Die Sitzung des Abrüstungsbüros am 10. April wird also rein formell sein und dürfte zu dem Beschluss führen, den Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz um mindestens mehrere Wochen zu vertagen. Der Korrespondent erklärt, daß der jetzige Meinungsaustausch sich nicht auf London und Paris beschränkt, sondern daß London sowohl Berlin als auch Rom ständig auf dem Laufenden halte. Die auf dem europäischen Festlande in Umlauf gebrachte Darstellung, daß die britische Regierung sich bereits auf den Grundsatzen von „Durchführungsbürgerschaft“ festgelegt habe, sei völlig unzutreffend. Die britische Regierung sei zu nichts weiter verpflichtet als zu einer sorgfältigen und vorurteilslosen Prüfung der in dieser Besprechung gemachten Vorschläge.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Außenminister Barthou beabsichtigt, die im Januar d. Js. von dem damaligen Außenminister Paul-Boncour an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson übermittelte Denkschrift zur Grundlage der neuen französischen Note an die britische Regierung zu machen. Diese Denkschrift, die bezeichnenderweise von Barthou bei seiner Zusammenkunft mit dem belgischen Außenminister Hymans erwähnt wurde, vertrat die Auffassung, daß wirtschaftlicher Druck gegen einen Staat, der das Abkommen verletzt hat, im Notfall durch Anwendung militärischer Gewalt ergänzt werden sollte. Abgesehen davon könnte nach Ansicht der französischen Regierung unter den jetzigen Umständen ein Abkommen nur auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der französischen Rüstungen auf ihrer jetzigen Höhe abgeschlossen werden.

Frankreich bedingt für deutsche Aufrüstung?

Dnb. London, 31. März. (Draht.) Nach Ansicht des Pariser Korrespondenten der Times hat sich der Standpunkt der französischen Regierung in der Abrüstungsfrage seit dem Brüsseler Besuch Barthous in verschiedener Hinsicht geändert. Während die Denkschrift an die englische Regierung vom 17. März noch die Auffassung vertrat, daß es keine wesentliche Aufrüstung Deutschlands geben dürfe, scheint Frankreich jetzt bereit zu sein, Deutschland eine gewisse Aufrüstung zuzugestehen, vorausgesetzt, daß damit keine Verminderung des jetzigen Standes der französischen Wehrmacht verbunden sei und daß befriedigende Garantien gegeben würden. Man glaube, daß die englische Regierung besonders angefragt habe, welchem Maß Aufrüstung die französische Regierung bei Gewährung von Ausführungsgarantien zustimmen würde und welche Garantien die französische Regierung für ein derartiges Zugeständnis an Deutschland verlange. Die Tatsache, daß solche Fragen gestellt werden, bezeichnet nach Auffassung des Korrespondenten eine Änderung in der französischen Haltung.

Wie es jedoch um die Abrüstungsentwickelung Frankreichs steht, darüber gibt ein Artikel des Generals Riffel im „Figaro“ Auskunft, der nach heute „der vorzeitigen“ Rheinlandräumung und dem Verzicht auf die Faustpfänder Tränen nachweint und bedauert, daß Frankreich es hat dazu kommen lassen, daß Deutschland die Frage der Gleichberechtigung vorbrachte. Die Abrüstungskontrolle bezeichnet der General als ein Komplott gegen Frankreich. Der einzige Trost für den General ist die Tatsache, daß die jetzige Regierung bei den militärischen Fragen wenigstens den obersten Rat der nationalen Verteidigung zu Rate

zieht. „Frankreich rafft sich auf und erwacht, hoffentlich schläft es nicht wieder ein“, schließt dieser Artikel.

Der bevorstehende Besuch Suidhs in London.

London, 31. März. (Eig. Funkmeld.) Zu der Meldung, daß der italienische Unterstaatssekretär Suidhs am 23. April in London eintreffen wird, um den englischen Besuch Macdonalds und Simons zu erwidern, schreibt der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ in Rom, man glaube, daß Suidhs der britischen Regierung auseinandersetzen werde, die letzte französische Note erlaube nach Ansicht der italienischen Regierung keinen weiteren Fortschritt auf dem durch den britischen Abrüstungsplan gekennzeichneten Weg; irgendwelche Aussicht biete nur noch der italienische Plan.

Die Generalstabskonferenz in Bukarest.

Belgrad, 31. März. (Eig. Funkmeld.) In politischen Kreisen verteilt man die Auffassung, daß die jüngste Konferenz der Generalstäbe der Kleinen Entente in Bukarest sich weniger mit der Lage beschäftigt, die durch die deutsch-polnische Annäherung entstanden sei, als vielmehr mit der Situation, die sich infolge der Vernichtung der Sozialdemokratie Oesterreichs und der derzeitigen Abhängigkeit Oesterreichs von Italien herausgebildet hat.

Kommunistische Zerkleungs- und Spionage-Organisation in der Tschechien.

Prag, 30. März. Die Sicherheits- und Polizeibehörden beobachteten bereits seit längerer Zeit, daß im ganzen Staatsgebiet eine erhöhte umfasserische Tätigkeit betrieben wurde, die besonders eine Zerkleung der Wehrmacht und die Verbreitung von Unruhe in ihren Reihen anstrebte. Es wurde festgestellt, daß es sich um ein ausgedehntes Netz von Spionage zugunsten der Sowjetunion und antimilitärischer Propaganda handelte. Als einer der Hauptorganisatoren der Aktion wurde der ehemalige Bäcker Hampf, der zuletzt an der kommunistischen Zeitung Kounost tätig war, sichergestellt. Er unterhielt mit einer ganzen Reihe von Zivil- und Militärpersonen Beziehungen, verfügte über erhebliche Geldbeträge, unternahm oft längere Reisen im ganzen Staatsgebiet, war Soldat in der Reserve und Absolvent des Zentralkurses in Moskau.

Bei den Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Vertrauensmänner Hampfs wurde die Benutzung einer Geheimschrift, deren Schlüssel entdeckt wurde, festgestellt, eine geheime Handdruckerlei für die Herstellung einer zur Verbreitung im Heer bestimmten illegalen kommunistischen Zeitschrift und Verdiesfertigungsapparate zur Herstellung einer illegalen Zeitschriftenkorrespondenz gefunden. Eine unter dem aufgefundenen Schriftmaterial befindliche Abschrift eines wichtigen militärischen Schriftstückes der Ölmänner Garnison führte zur Verhaftung zweier Funktionäre des Militär Magistrats. Im Bereich der Polizeidirektion Prag wurden bisher 81 Hausdurchsuchungen und 23 Verhaftungen vorgenommen. Die Untersuchung erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der tschechoslowakischen Republik. Überhaupt Prags wurden bisher 120 Hausdurchsuchungen vorgenommen und 20 Personen verhaftet. Ebenso wie die Polizeibehörden führen auch die Militärbehörden umfangreiche Erhebungen unter den Angehörigen der Armee durch.

Frau Nachbarin, ich weiß etwas!
Das wird Sie auch interessieren:
Fatima-Malzkaffee
müssen Sie unbedingt einmal probieren!

Jüdische Antifaschistenorganisation in Italien ausgehoben.

Mailand, 30. März. Am 11. März war bei der Grenzkontrolle in Ponte Tresa ein aus der Schweiz nach Italien fahrender Personentransportwagen von italienischen Grenzpolizisten untersucht worden, wobei antifaschistisches Propagandamaterial in großen Mengen aufgefunden wurde. Das Material sollte vor den Kammerwahlen in Italien verteilt werden. Der eine der Insassen, ein in Turin geborener Jude namens Segre, wurde verhaftet, während es dem anderen, dem Sohn des Turiner Universitätsprofessors Levi, gelang, über die Grenze auf schweizerisches Gebiet zu entkommen.

Auf Grund der Aussagen des Verhafteten haben die italienischen Behörden nun weiteres Material zutage gefördert, was zur Verhaftung von 19 weiteren, hauptsächlich jüdischen Personen führte, die eine antifaschistische Gruppe in Italien bildeten und mit den Führern der in Paris bestehenden antifaschistischen Organisationen in Verbindung standen.

Die italienischen Blätter heben besonders hervor, daß es sich bei den Verhafteten fast durchweg um Juden handelt. Vitorio Focchia verleiht die Meldung mit der Ueberschrift „Entdeckung und Verhaftung einer Gruppe von jüdischen Antifaschisten“; Giornale d'Italia schreibt: „20 antifaschistische Propagandisten, davon 18 Israeliten, in Turin verhaftet“.

In einem Blatt wird weiterhin unterstrichen, daß der entlassene Levi nach der gelungenen Flucht aus schweizerischem Gebiet aus den italienischen Polizeikreisen jurist: „Ihr Hunde von italienischen Faschisten!“

Der Flaggenstreit mit der Tschechien beigelegt.

Dnb. Berlin, 29. März. Die tschechoslowakische Regierung hat der Reichsregierung durch ihren hiesigen Gesandten amtlich mitgeteilt, daß den deutschen Flaggen und Hoheitszeichen in der Tschechoslowakei die gleiche Behandlung zuteil werden wird wie den Flaggen und Hoheitszeichen dritter Staaten und daß an die zuständigen inneren tschechoslowakischen Behörden die entsprechenden Weisungen gegeben worden sind.

Die Reichsregierung hat auf Grund dieser amtlichen Mitteilung das im Februar dieses Jahres ausgesprochene Verbot des Zeigens tschechoslowakischer Flaggen, Wimpel und Abzeichen im Reichsgebiet aufgehoben.

Geflohene Deutsche bezichtigt sich des Mordes an einem SA-Mann.

Prag, 31. März. (Eig. Funkmeld.) Die Krakauer (Karpaten) Bendarmerie verhaftete die um Weihnachten vorigen Jahres aus Hamburg eingewanderte reichsdeutsche Staatsangehörige Bester und ihren Geliebten Josef Scholze. Die Bester will aus Deutschland geflüchtet sein, weil sie im August vorigen Jahres, antäglich eines SA-Kummersches von ihrer Wohnung aus auf die nationalsozialistische Marschkolonne geschossen und hierbei einen SA-Mann erschossen habe. Die Untersuchung ergab, daß Scholze an der Spitze einer weitverzweigten Schmugglerbande stand. Darauf erfolgten in der ganzen Gegend Hausdurchsuchungen.

Zorn mit den Vaterlandsverrättern! Der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt.

Berlin, 29. März. Nachdem am 23. August 1933 33 deutschen Staatsangehörigen wegen landesverräterischer Beteiligung die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war, hat der Reichsinnenminister neuerdings wieder 37 Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben.

Es handelt sich um folgende Personen: Johannes Robert Becker, Karl Böchel, Karl Brehm, Fritz Brehmer, Dr. Wolfgang Bretholz, Karl Bühnen, Curt Clemens Burkert, Ernst Gotthelf Carlsbach, Professor Dr. Albert Einstein, Dr. Otto Friedländer, Oskar Maria Graf, Heinrich Grönwald, Arthur Groß, Karl Otto Halfter, Gustav Reinhold Hentsche, Dr. Paul Herz, Dr. Wam Jäger, Dr. Helmuth Klotz, Hanns Knieling, Heinz Kruschki, Walter Kreiser, Rudolf Leonhardt, Willi Mielenz, Julius Pisch, Theodor Pivier, Otto Remmle, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Schmitt gen. Franz Arnao, Johann Schwabach und seine Ehefrau, Toni Senber, Max Seydewitz, Ludwig Stauch gen. Bigo, Dr. Edward Stillebauer, Hugo Urbahn, Johann Vogel, Waltraut Hölz (Ehefrau von Max Hölz, dem bekanntlich im vorigen Jahr die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde).

Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden. Die Entscheidung darüber, inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sonst noch auf Familienangehörige auszudehnen ist, hat sich der Innenminister vorbehalten.

Von der Arbeitsschlacht. 135 000 Neueinstellungen durch die Gemeinden.

Groß und mannigfaltig ist die Zahl der neuen Pläne zur Arbeitsbeschaffung der Gemeinden für das Jahr 1934. Nach den angestellten Erhebungen sind schon heute für die Zeit von Ende März bis Ende Juni 1934 in den Gemeinden und Gemeindeverbänden rund 135 000 Neueinstellungen vorgesehen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Zahl der Neueinstellungen dieses Ergebnis vielleicht sogar überschreiten. Zahlreiche Gemeinden haben schon ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm in Berichten niedergelegt. Daraus ergibt sich eine besondere Förderung der vorstädtischen Kleinriedlung, weiter will man 1934 der Erneuerung der gemeindlichen Gas-, Wasser- und Elektrobetriebe besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Elektrizitätsversorgung steht unter dem Leitsatz, überall gleiche Spannung und gleiche Stromart einzuführen, um die Strom- und



Stratosphärenaufstieg mit Bezugsgas.

Interessante Bilder von den Ausflügen, die die Italiener jetzt von dem Gipfel des Vesuvius aus unternehmen. Oben links: Einer der Ballons ist gerade vom Krater gestartet. — Daneben: Mussolini (ganz rechts) im Gespräch mit den bei den Versuchen beschäftigten Arbeitern. Der Duce trägt zum erstenmal eine Gasmaske, die vor den gefährlichen Gasen schützt. — Unten: Drei der Stratosphärenballons über Neapel.

Die italienische Regierung läßt zur Zeit interessante Stratosphären-Ausflugsoerwerke auf dem Vesuvius unternehmen, wobei die Gase des Kraters als Füllung benutzt werden. Die Gasmenge ist so groß, daß miteinander drei und mehr Ballons aufsteigen werden, um die bestmögliche Form und Größe bei gleicher Windstärke und bei gleichem atmosphärischem Druck festzustellen. Wenn die Versuchreihe beendet ist, die ja infolge der natürlichen Gasquelle keine allzu großen Kosten verursacht, hofft man, den denkbar günstigsten Ballon konstruieren und dann den Stratosphärenrekord brechen zu können, den zur Zeit bekanntlich die Russen innehaben.